

Politische Rundschau

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Die Berner Woche**

Band (Jahr): **37 (1947)**

Heft 50

PDF erstellt am: **27.04.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

POLITISCHE RUNDSCHAU

Kein rotes Bern

-an- Die bernischen Stadtrats- und Gemeinderatswahlen haben mit einem bürgerlichen Siege geendet. Rund 1300 Wähler machen die Mehrheit aus. Das heisst, soviel Stimmen zählen Freisinn, Bürgerpartei und Splitterparteien «rechts» mehr als die Sozialdemokraten. Unter den 80 gewählten Stadträten figurieren neben einem Evangelischen 2 Freiwirtschaftler oder «Liberal-Sozialisten», 2 PdA.-Leute, und 6 Unabhängige, im ganzen also 11 Mann, die ausserhalb der drei grossen rivalisierenden Parteien stehen. Zur «Linken», wenn man von einer Einheit auf dieser Seite sprechen kann, darf man nur die PdA.-Kandidaten zählen. Mit den 33 Sozialdemokraten zusammen ergäbe sich also «seiner Majestät getreueste Opposition» in der Höhe von 25 Mann. Vorher hatte die SP 39 Sitze inne. Sie verlor also 6, davon die 2 an die vom Basler «Vorwärts» inspirierten Neu-Kommunisten, also an die in den eigenen Reihen abtrünnig gewordenen Elemente. Die andern vier aber an die Bürgerlichen. Der Freisinn gewann drei Mandate und stieg auf 19 Mann. Die Unabhängigen hatten vordem nur 3 Sitze, haben also ihren Anteil verdoppelt.

Es sind mancherlei *Kommentare* geschrieben worden, beschönigende und triumphierende. Selbstverständlich keine niedergeschlagenen. Denn beim Schwanken der Wählergunst besteht auch für die heute Geschlagenen immer die Chance, wiederzukommen. Und auf der Linken hat man einige gute Gründe, wie bei den Nationalratswahlen zu sagen, es sei *keine erfreuliche Sache, während einer Hochkonjunktur in der Opposition zu siegen*. Und sollten die nächsten Wahlberechnungen nach eingetretener Krise erfolgen, würde sich das Bild wieder stark verändern. Das sagen sich natürlich auch die Sieger, und niemand wird darum erwarten, dass nun etwa scharf gemacht und ein Kurs versucht werde, der die bisherigen Rücksichten auf die «Nahezu-Mehrheitspartei» auf der Linken fallen liesse. Es wird sich vergleichsweise *nicht viel ändern*.

Den deutlichsten Ausdruck der Zeitstimmung ergeben die 6 Gewinne, welche Freisinn und Unabhängige davontrugen. Man ist «einemischungsmüde», möchte die und jene Kontrolle los werden, den Vater Staat, dieses notwendige Uebel, etwas weniger oft und weniger direkt im Rücken spüren. Die internationale antinationalsozialistische und antikommunistische Welle liefert dieser Stimmung jeglichen Vorschub. Darum haben alle Parteien «Lehrgeld bezahlt», die für irgendwelche Beibehaltung des Kriegswirtschaftserbes einstehen. Nur die 2 PdA.-Mandate, um die die Sozialisten gekommen sind, haben einen andern Ursprung. Es war zur Zeit der alten Kommunistenpartei sprichwörtlich, dass Bern für sie kein Boden sei. Dass nun die Neukommunisten *doch* Fuss fassen konnten, bedeutet etwas. Der Vorwurf der Partei-Opposition, die «Bonzen» seien bequem und sorgten nur für sich, die SP habe «Speck» ange-

setzt», geistert seit Jahren «unten durch». Und dass er Folgen zeitigt, zeigen eben diese zwei Kommunisten-Mandate. Wie nun die Geschlagenen sich mit diesem Ergebnis, das nicht aus der Konjunktur und aus der Staatsmüdigkeit zu erklären ist, beschäftigen werden, ist sehr wesentlich.

Vor dem Fiasko in London

Anfangs dieser Woche standen an der *Aussenministerkonferenz in London* die Dinge so, dass man jedem Moment das Ende der Verhandlungen erwarten konnte. Die Pessimisten waren der Ansicht, die aussichtslosen Debatten würden nur deshalb weitergeführt, weil keiner der Vier die Verantwortung auf sich nehmen wolle, die Resultatlosigkeit verschuldet zu haben. Auch Molotow nicht. Er habe neue russische Vorschläge zum Deutschlandproblem in der Tasche, wurde gesagt. Bevin sei dafür, dass man abwarte, ob dies stimme, und wie diese Vorschläge wohl aussehen würden. Marshall, der weniger Geduldige, plane etwas anderes. Nämlich, wie seinerzeit in Moskau, die Abfassung eines Berichtes an die Regierung in Washington, in welchem schonungslos die Situation klargelegt und die Gründe, warum man nicht weiterkommen könne, festgestellt würden. Alle drei «westlichen» Minister wären überhaupt dazu bereit. Ihre Sonderkonferenz habe sich im wesentlichen darum gedreht, ob man schon jetzt einen solchen entscheidenden Schritt tun solle, oder ob es opportun sei, noch zuzuwarten, bis Molotow seine nächste Aktion starte.

Der Inhalt eines solchen Marshall-Memorandums an Truman kann nicht zweifelhaft sein. Das *Zaudern der Russen*, ihre Ansprüche in *Oesterreich* klar zu nennen, die Ver-

unmöglichkeit eines Staatsvertrages mit Wien durch dieses Zaudern, das Schweigen Moskaus in bezug auf die früher erhobenen Forderungen auf Kriegsschadigungen in der Höhe von 10 Milliarden Dollars, das Vorschieben der Frage nach einer *deutschen Zentralregierung*, das Ausweichen vor der Frage, wie das von einer solchen Regierung regierte Reich überhaupt aussehen werde, das Nichteingehen auf die Grenzfragen, das ständige Nein beinahe zu jedem Vorschlag von der Gegenseite (auch die Westmächte sagen beinahe zu allem Nein, was Moskau vorschlägt) — es ergibt sich jedenfalls das Bild einer Beratung, die im Sande verlaufen muss, es sei denn, dass in letzter Minute noch etwas Neues geschehe.

Aber was? Die Beobachter in London sind der Ansicht, die Russen hätten nicht eigentlich auf lange Sicht Zeit zu gewinnen versucht, sondern nur bis zum *Ausgang der französischen Streikkrise*. Die Hoffnung stieg auf, dass sich der Kreml nur so lange auf seine rein negative Politik versteifen werde, bis er wisse, ob in Paris der neue Rechtskurs obenaufkomme, oder ob die Kommunisten ihren Wiedereintritt in die Regierung erzwingen könnten. Nach unserer Ansicht sind derlei Hoffnungen eitel oder gar sträflich. Moskau rechnet durchaus mit einem Siege de Gaulles und mit einem noch schärferen Zusammengehen des Generals mit den USA. und England. Von einem Hinhalten Marshalls in der vagen Hoffnung, Thorez könnte in Frankreich das Ruder ergreifen, sind die alten Fuchse von Realpolitikern im Kreml sehr weit entfernt. «Wissenschaftlich genau» wiederholen sie für sich die alte These, dass «der Faschismus der Eisbrecher der Revolution» sei, indem er erst die Bedingungen schaffe für die Ein-



Mitten in Manhattan, direkt am East River, werden gewaltige Häuserblöcke abgetragen, um den Bauten der Vereinten Nationen Platz zu machen. Von hier aus also wird die UNO ihre Tätigkeit ausüben und es bleibt zu hoffen, dass bis zur Fertigstellung der Verwaltungsbauten die Weltlage soweit konsolidiert ist, dass die Tätigkeit der Vereinten Nationen eine friedliche und dem Gesamtwohl der Menschheit dienende sein kann. (ATP.)

gung des unterdrückten Proletariats. Darum lautet das Rezept: Weitertreiben der Krise. Verhinderung der Beruhigung. Agitation der Kommunisten unter den aufgewühlten Massen. Internationale Verschleppung der Konferenzergebnisse bis zur äussersten Grenze des Möglichen. Ausnutzung jeglicher Massnahme auf der Gegenseite für die Agitation unter den Völkern.

Auch der *Marshall-Plan*, dessen Durchführung man nun nicht mehr verhindern kann, wird hingenommen, wird aber zugleich als Agitationsgegenstand aufgezo- gen werden nach der Formel: Versklavung der europäischen Völker durch das Wallstreet-Kapital. Jene Leute, die geglaubt haben, die Moskauer hätten sich die Lippen genagt, als sie vernahmen, wie die französischen Wirren den amerikanischen Parlamentariern Beine machten, also dass die *Soforthilfe an Europa* beschlossen wurde, irren. Moskau wünscht, dass sich das Dollarkapital als «Zecke» in die Haut Europas einniste. Nach seiner Auffassung wird Frankreich zu seufzen anfangen, sobald es dieser teuren Hilfe teilhaftig geworden, und die Kommunisten seien alsdann imstande, dem ausgesogenen Volke Frankreichs die Augen zu öffnen. Man «entwickelt» also in vermeintlich sehr weit- sichtiger Weise die Situation, die man als

standen die Massen der Arbeiter mit ihren erschöpften Mitteln vor dem Nichts, wenn sie weiter streikten. Davon aber, dass ihnen Moskau in splendorischer Weise die Streikferien bezahle, war nicht die Rede. Dass die Bewegung darum abflaute, war zu erwarten und konnte als langsame Vorbereitung für die allgemeine Wiederaufnahme der Arbeit angesehen werden. Einige Regierungskon- zessionen in der Lohnfrage taten das ihre, um die Bewegung zu beenden. Die niemals ganz abgebrochenen Verhandlungen des Arbeits- ministers mit beiden Gewerkschaftsrichtun- gen, der kommunistischen Mehrheit und der sozialistisch orientierten Minderheit, dau-erten überdies weiter und zielten darauf, durch die Gewerkschaften selbst den Befehl zur Arbeitsaufnahme zu geben.

Aber... wenn nun Ende dieser Woche die Streiks nur noch da und dort weiter- dauern, die Sabotageaktionen ganz aufge- hört haben, die Truppen teilweise wieder zurückgezogen, die Reservisten entlassen werden... ist dann der Sieg schon gesichert? In den Plänen Moskaus figurieren neue und vielleicht bald schon auszuführende Aktio- nen. «Der böse März» gespenstet in den Vor- stellungen nicht nur der Schwarzseher, son- dern gerade bei den Wissenden, die etwas mehr von den «historischen Entwicklungs-

ihm soll die «vorgesehene Situation» zur Reife kommen. In *dieser* Art kalkulieren die Leute um Stalin.

Wer das einmal gründlich überlegt hat, kann gar nicht im unklaren sein über die Gründe, warum der russische Aussenmini- ster Molotow nichts anderes tut, als er eben tut. Nämlich: Er sorgt dafür, dass die an- dern folgerichtig das tun, was Moskau propa- gandistisch auszuwerten im Sinne hat. Dies in der Ansicht, dass sie gar nichts anderes tun können, als sich in ihrer fascistisch-ka- pitalistischen Eigenart zu entlarven, so dass die europäischen Völker schliesslich sehend werden müssen, ob sie wollen oder nicht. Ein Musterbeispiel für die Auswertung geg- nerischer Massnahmen liefert das

Einspannen des deutschen Nationalismus

für die Propaganda an der Londoner Kon- ferenz. Die SED, als kommunistische, an- geblich proletarisch-international gerichtete Partei, hat eine *Konferenz einberufen*, die sich als «Vertreterin des deutschen Volkes» gebärdet und die andern Parteien eingeladen hat, sich an den gleichen Konferenz- tisch zu setzen. Von dieser «Deutschland repräsen- tierenden Versammlung, welche so tut, als sei sie die demnächst wirkliche deutsche Regierung, wurde ein Komitee bestellt, zu- sammengesetzt aus Vertretern aller wichti- gen Parteien. Es werden Leute genannt, die entweder nichts von der Sache wissen, oder die gegen den Willen ihrer eigenen Parteien mit den Kommunisten zusammenarbeiten. Was aber soll nun dieses Komitee?

Antwort: Es müsse in London vor den Vertretern der vier Mächte die Wünsche Deutschlands vorbringen. So heisst es, Mo- lotow werde dafür sorgen, dass man es an- hören müsse. Die Frage sei natürlich, ob die Engländer bereit seien, die notwendige Ein- reiseerlaubnis zu gewähren. Man sieht: Ver- weigern die Engländer diesen Abgesandten Deutschlands die Einreise, wird die Ausle- gung einer solchen Massnahme kurz und klar umgedeutet werden als Verweigerung eines Rechtes, als Verhinderung des deutschen Volkes, von den über seine Zukunft beraten- den Mächtigen überhaupt angehört zu wer- den. Damit aber ja nicht behauptet werden könne, die Deutschen hätten sich Ungehö- riges angemasst, proklamiert die SED-Ver- sammlung, *Deutschland verlange einen Frie- den, wie er den Abmachungen von Jalta und Potsdam entspreche*.

Die deutschen Parteien, die sich nicht vor den SED-Wagen spannen lassen wollen, protestieren gegen die Anmassung der Ber- liner Versammlung und sprechen ihr jedes Recht ab, sie oder gar das deutsche Volk zu repräsentieren. Sie durchschauen das Manö- ver. Doch werden sie es schwer haben, die Folgen zu bekämpfen, welche sich aus dem neuen nationalistischen Kurs der Linksex- tremen ergeben müssen. Denn sie haben ge- gen sich dieselben Urinstinkte, die schon von den Nazis ausgenützt wurden. Für Molotow, der nun seit Wochen in London zum Fenster hinaus, Richtung Deutschland, gesprochen, kann es gar nichts Lieberes geben als eine etwaige Weigerung Englands und Amerikas, Deutsche herkommen zu lassen und anzuhö- ren. Gerade das muss ja dem deutschen Mi- chel demonstriert werden.



Die zu den Marshall- Inseln gehörenden, west- lich Bikini gelegenen Eniwetok - Inseln sind als neues Ver- suchs- objekt für die amerika- nischen «Super» - Atom- bomben vorgesehen. Die- se neuesten Bomben werden als zehnmal wirksamer angegeben, als die von Hiroshima! Unser Bild zeigt eine der Inseln, die im Fe- bruar 1944 durch die Amerikaner den Japa- nern weggenommen und dabei in Brand gesteckt wurden. (ATP.)

Vorbedingung der Revolution betrachtet. Und zwar denkt man sich diese Entwicklung zweiseitig. Erstens durch die Aufwühlung, durch die Agitation unter der Arbeiter- klasse, zweitens durch Förderung der «Ver- sklavung».

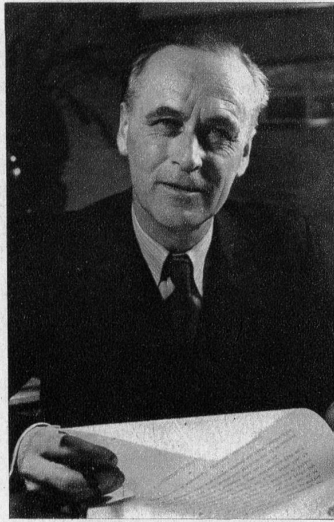
Ist der Streik in Frankreich gescheitert?

Diese Frage stellt sich im Hinblick auf die Ziele des Kremls in etwas andern Lichte, als es die Beurteiler der heutigen Situation allermeist zu sehen glauben. Natürlich war es anfangs dieser Woche so weit, dass die Regierung überall Herrin der Lage war, dass überall, wo die aufgetriebenen Truppen ein- griffen, Verkehr und lebenswichtige Betriebe in Gang blieben, dass besetzte Bahnhöfe den Streikenden entzogen wurden. Und natürlich

projekten» der Kommunisten verstehen. Am Ende war das, was man in Frankreich erlebte, nur die Vorprobe, und die «Première» des Dramas, das gespielt werden soll, ist auf den kommenden Frühling angesetzt, in Frankreich, in Italien... und am Ende auch im Deutschen Reich. Die ruhigeren Kleinen zählen nicht mit. Die würden sowieso ne- benbei verschlungen, falls die Mahlzeit zu- stande käme.

Man soll sich aber die Leute im Kreml nicht als «Sekundarschüler» vorstellen, die Politik machen, nur um sofort recht zu be- kommen. Auch die vielleicht geplante schär- fere Wiederholung der Aktion in Frankreich ist nicht «um jeden Preis zum Siege zu füh- ren». Wenn sie de Gaulle an die Macht bringt, fängt der General eben nur um so früher an, sich zu verbrauchen. Erst nach

Dr. Rodolphe Rubattel - der neue Bundesrat



Staatsrat Dr. jur. Rodolphe Rubattel, der neugewählte Bundesrat. — Unten: Dr. Rodolphe Rubattel mit seiner Gattin und dem einzigen Kind des Ehepaares, dem 14jährigen Töchterchen Claire im grossen Garten ihres Lausanner Heimes. (Photopress).

Am Donnerstag trat unter der grossen Kuppel des Bundeshauses die Vereinigte Bundesversammlung für die Wahl eines Nachfolgers des auf Jahresende zurückgetretenen Vorstehers des Eidg. Volkswirtschaftsdepartements, Bundesrat Dr. Walter Stampfli, zusammen. Die radikal-demokratische Fraktion hatte, unterstützt von den andern bürgerlichen Parteien, den Waadtländer Staatsrat

Dr. jur. Rodolphe Rubattel als Wahlkandidaten bezeichnet.

Dr. R. Rubattel, der im 51. Lebensjahr steht, gehört dem eidgenössischen Parlament nicht an. Er machte eine Lehrzeit im Bauernsekretariat durch und war eine Zeitlang im eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement als Adjunkt von Herrn Käppeli, dem damaligen Chef der Abteilung Landwirtschaft, tätig. Von 1931 bis 1939 leitete er als Direktor die Lausanner Zeitung «Revue». Von seinem Posten als Direktor des Lausanner Kantonsspitals wurde er in die waadtländische Exekutive gewählt, wo ihm das Landwirtschafts-, Industrie- und Handelsdepartement übertragen wurde, dem er mit grossem Geschick vorstand. Staatsrat R. Rubattel scheint alle Voraussetzungen, die das schwierige Amt eines Vorstehers des Eidg. Volkswirtschaftsdepartement fordert, zu erfüllen. Die Kandidatur eines Westschweizers wurde nicht nur rund um den Léman warm begrüsst, sondern fand sofort die warme Unterstützung der Deutschschweiz.



Frau Roosevelt — Gast des Bundesrates. Frau Eleanor Roosevelt, die gegenwärtig in Genf die UNO-Kommission für Menschenrechte präsidiert, hat am Samstag und Sonntag unserer Bundesstadt einen Besuch abgestattet. Ihr zu Ehren veranstaltete der Bundesrat im von Wattenwylhaus einen Empfang. Unsere Aufnahme: Legationsrat Cuttat (rechts), Chef des Protokolls des Eidg. Politischen Departements, macht Frau Roosevelt mit Bundesrat Stampfli und Frau Stampfli bekannt (Photopress).



Frau Eleanor Roosevelt veranstaltete am Sonntagmorgen auf der amerikanischen Gesandtschaft in Bern einen privaten Empfang für eine Reihe von Vertreterinnen der schweizerischen Frauenbewegung und Frauenorganisationen, wobei sie sich lebhaft um deren Tätigkeit interessierte. Unser Bild zeigt die Schweizerfrauen mit Frau Roosevelt (in der Mitte, ohne Hut) vor dem Eingang der amerikanischen Gesandtschaft in Bern. (Photopress).



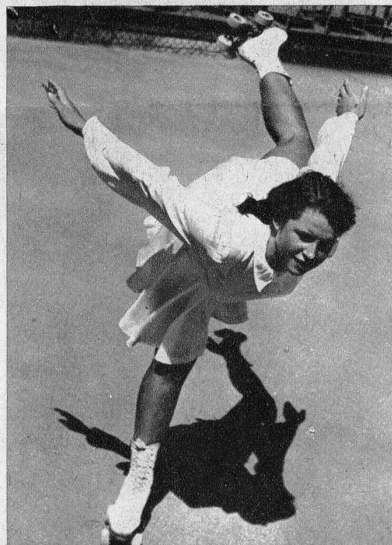
Ankunft der sterblichen Ueberreste von General Leclerc in Toulon, von wo sie nach Paris überführt wurden, wo am 8. Dez. das Staatsbegräbnis stattfand (N.Y.T.)



General Leclerc, der dieser Tage auf einer Dienstreise in Nordafrika mit dem Flugzeug abgestürzte Befreier von Paris, wurde feierlich im Invalidendom beigesetzt. Stundenlang defilierten die Pariser vor dem mit der Trikolore geschmückten Sarg, um von einem der tüchtigsten Generäle des zweiten Weltkrieges schmerzlichen Abschied zu nehmen. Unser Bild zeigt den im Invalidendom aufgebahrten, mit der Trikolore geschmückten Sarg. Angehörige der Armee, Luftwaffe und Marine halten Ehrenwache. Rund um den Sarg auf Sammetkissen die zahlreichen Orden des Verstorbenen. (Photopress)



In Neuyork ist im Alter von 85 Jahren der Präsident der Columbia-Universität, Nicholas Murray Butler, gestorben. Der Verstorbene war seinerzeit für seine Bemühungen um die Förderung des Weltfriedens mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet worden. Butler, der letztes Jahr vollkommen erblindete, gilt als einer der grössten Jugenderzieher Amerikas. Bekanntlich soll General Eisenhower ab 1. Januar das Präsidium der berühmten Columbia-Universität übernehmen. Unser Bild: Nicholas Murray Butler, der letztes Jahr erblindete Präsident der Columbia-Universität, verlässt, geführt von einem Studenten, die Universität. (Photopress)



An den Weltmeisterschaften im Rollschuhkunstlaufen in Washington wurde die Schweizermeisterin Ursula Wehrli (Zürich) Weltmeisterin vor der Amerikanerin Inge Henrich. Ursula Wehrli ist erst 18 Jahre alt. Sie ist auch eine talentierte Eiskunstläuferin und errang als solche bereits den Titel einer Schweizer Juniorenmeisterin. (Photopress).

Am Sonntag trafen sich in Zürich die Satus-Stadtmannschaft von Zürich und die Tiroler Repräsentative. Die Partie endete 4:2 zugunsten der Gäste.



Joe Louis bleibt Weltmeister

Am 5. Dezember schlug Joe Louis seinen Gegner Jersey Walcott im Verlauf eines Treffens in Madison Square, das als Weltmeisterschaftstreffen galt, nach Punkten. Unser Bild zeigt Joe Louis in der vierten Runde, wo er während 7 Sekunden am Boden lag.

